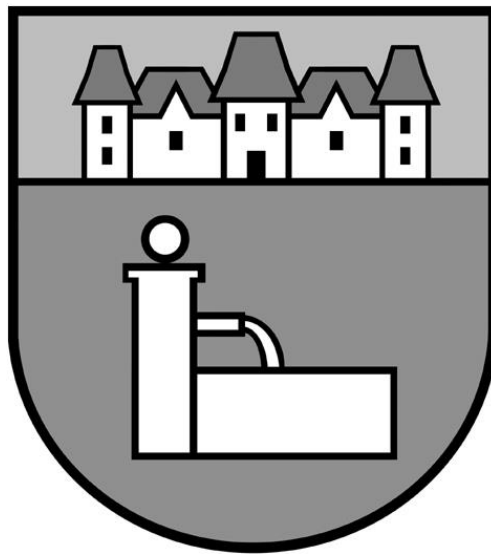


Reglement über den schulärztlichen Dienst (Schularztreglement)



Gemeinde
Feldbrunnen – St. Niklaus

Gültig ab 1. Januar 2022

Die Gemeindeversammlung der Gemeinde Feldbrunnen – St. Niklaus gestützt auf § 47, Abs. 2, Bst. c des Gesundheitsgesetzes (GesG) vom 19. Dezember 2018¹⁾, § 56 Abs. 1, Bst. a des Gemeindegesetzes (GG) vom 16. Februar 1992²⁾

beschliesst:

Allgemeines

- § 1 ¹ Die Gemeinde Feldbrunnen – St. Niklaus unterhält für die schulpflichtigen Kinder und Jugendlichen der Gemeinde einen schulärztlichen Dienst. **Zweck**
- ² Der schulärztliche Dienst unterstützt die Gesundheitsversorgung der schulpflichtigen Kinder und Jugendlichen während der obligatorischen Schulzeit und ist in besonderen Situationen Ansprechpartner für medizinische Belange. Die Gemeinden stellen den schulärztlichen Dienst in der Regelschule sicher.
- ³ Dieser Zweck soll erreicht werden durch:
Anordnung von Massnahmen bei Ausbrüchen von Pandemien und/oder Epidemien von übertragbaren Erkrankungen,
regelmässige Kontrolle der ärztlichen Vorsorgeuntersuchungen und der Gesundheitskarten (Bescheinigung über die Durchführung der Vorsorgeuntersuchungen und Impfungen) sowie optional eines Gesundheitsfragebogens,
Kontrolle der Impfausweise sowie Impfberatung und Impfinformationsabgabe zuhanden der Erziehungsberechtigten sowie bei Bedarf Impfangebote,
- a) sozialmedizinische Vorsorge in der Schule (Gesundheitserziehung in Zusammenarbeit mit Lehrerschaft und Institutionen der Gesundheitsförderung),
 - b) Beratung von Behörden und Lehrerschaft in gesundheitlichen Belangen, inklusive Prävention (z.B. Infektionskrankheiten und psychische Erkrankungen), Allergien und spezielle Erkrankungen (z.B. Immunschwäche),
 - c) Beratung von Erziehungsberechtigten und Schülerschaft in gesundheitlichen Belangen,
 - d) die Bereitschaft der Schulärztin oder des Schularztes, SchülerInnen bei Notfällen in seiner/ihrer Praxis zu behandeln.

¹⁾ BGS [811.11](#).

²⁾ BGS [131.1](#).

Organisation und Aufsicht

- § 2 Der Gemeinderat übt in Zusammenarbeit mit der Schulleitung die Aufsicht über den schulärztlichen Dienst aus. Er
- a) erlässt ggf. Richtlinien über den schulärztlichen Dienst und bezeichnet die Schulärztin oder den Schularzt,
 - b) verfügt nach Absprache mit der Schulärztin oder dem Schularzt und der Schulleitung über Schulhaus- oder Klassenschliessungen aus gesundheitlichen Gründen,
 - c) verfügt über kollektiv-hygienische Massnahmen,
 - d) behandelt Beschwerden der Erziehungsberechtigten oder Lehrkräfte gegen die Schulärztin oder den Schularzt,
 - e) erlässt Anordnungen,
 - f) erstellt Budget und Rechnung,
 - g) nimmt den Tätigkeitsbericht der Schulärztin oder des Schularztes ab.

Aufsicht über den schulärztlichen Dienst

- § 3 ¹ Die Durchführung des schulärztlichen Dienstes erfolgt aufgrund einer Vereinbarung zwischen der Gemeinde und der Schulärztin oder dem Schularzt. Die Schulärztin oder der Schularzt verfügt über eine kantonale Berufsausübungsbewilligung.

Schulärztinnen oder Schulärzte

² Die Schulärztinnen oder Schulärzte sind Bindeglieder zwischen der Individualmedizin und dem Schulträger. Sie widmen sich hauptsächlich den Massnahmen im Bereich übertragbarer Erkrankungen und sozialmedizinischen Aspekten. Sie organisieren und kontrollieren ausserdem die Vorsorgeuntersuchungen und führen diese auf Wunsch auch in ihrer Praxis durch, kontrollieren den Impfstatus und sind Berater von Erziehungsberechtigten und Lehrkräften. Sie erstatten Bericht und bilden sich für ihre spezifischen Aufgaben weiter.

³ Rechte und Pflichten der Schulärztinnen oder Schulärzte ergeben sich aus dem kantonalen Recht, diesem Reglement sowie der Vereinbarung mit der Gemeinde.

⁴ Die Schulärztinnen oder Schulärzte unterstehen der beruflichen Schweigepflicht (Art. 321 Schweizerisches Strafgesetzbuch [StGB]³⁾) und dem Amtsgeheimnis (Art. 320 StGB). Für die Entbindung von der beruflichen Schweigepflicht ist das Departement des Innern (Rechtsdienst) des Kantons Solothurn zuständig, für die Entbindung vom Amtsgeheimnis der Gemeinderat.

- § 4 ¹ Der kantonsärztliche Dienst des Kantons Solothurn kann im Bereich des Epidemienrechts (übertragbare Erkrankungen) verbindliche Richtlinien und in den übrigen Bereichen Empfehlungen erlassen.

Kantonale Richtlinien und Empfehlungen

³⁾ SR [311.0](#).

Schulärztliche Vorsorgeuntersuchung

- § 5 ¹ Eine ärztliche Vorsorgeuntersuchung wird durchgeführt:
im Kindergarten (6. Lebensjahr),
im sechsten Jahr der Schulpflicht (4. Primarklasse, 10.
Lebensjahr),

für die von der Lehrerschaft, von selbst oder von Dritten
zugewiesenen Kinder bzw. Schülerinnen und Schüler,
oder neu eingetretene Schülerinnen und Schüler.

² Für Schülerinnen und Schüler des 10. bzw. 11. Jahres
der Schulpflicht (8. bzw. 9. Klasse inkl. Mittelschule) soll
eine Kurzuntersuchung und ein individuelles
Beratungsgespräch erfolgen.

³ Für die Inanspruchnahme der ersten beiden
Vorsorgeuntersuchungen bedarf es des Einverständnisses
der Erziehungsberechtigten (und erfolgt in deren
Begleitung). Die Vorsorgeuntersuchungen sind freiwillig.

⁴ Die Vorsorgeuntersuchungen erfolgen in der Regel im
Rahmen der ärztlichen Grundversorgung der Schulkinder.
Subsidiär kann die Untersuchung bei der Schulärztin oder
dem Schularzt erfolgen. Eine entsprechende Orientierung
der Erziehungsberechtigten und der Schülerinnen und
Schüler erfolgt durch die Schule zu Beginn des
entsprechenden Schuljahres.

⁵ Die Erziehungsberechtigten erhalten von ihrem
Kinderarzt, von der Schule oder direkt vom schulärztlichen
Dienst einen Gesundheitsfragebogen über den
Gesundheitszustand (optional) und eine persönliche
Gesundheitskarte für ihr Kind. Die Gesundheitskarte und –
falls vorhanden – der Gesundheitsfragebogen sind in die
ärztliche Vorsorgeuntersuchung mitzubringen.

⁶ Falls die Erziehungsberechtigten ausdrücklich keine
ärztliche Vorsorgeuntersuchung wünschen, wird dies von
der Schulärztin oder dem Schularzt festgehalten und der
Gemeinde gemeldet.

- § 6 ¹ Die ärztlichen Vorsorgeuntersuchungen werden vom
durchführenden Grundversorger oder von der subsidiär
untersuchenden Schulärztin oder dem Schularzt in der
persönlichen Gesundheitskarte (Bescheinigung über die
Durchführung von Vorsorgeuntersuchungen und
Impfungen) bestätigt. Diese bleibt grundsätzlich im Besitz
der Erziehungsberechtigten, wird aber auf Wunsch von der
Schulärztin oder dem Schularzt eingesehen.

² Die Klassenlehrerin oder der Klassenlehrer führt die
administrative Kontrolle über die Durchführung der
ärztlichen Vorsorgeuntersuchung.

Schulärztliche Vorsorge- untersuchung

Kontrolle der Vorsorge- untersuchungen

- § 7 ¹ Im 10. bzw. 11. Jahr der Schulpflicht (8. bzw. 9. Klasse) findet nur noch eine Kurzuntersuchung statt, die mit einem Beratungsgespräch ergänzt werden soll. Der Impfstatus wird anlässlich dieses Gesprächs erhoben und ergänzt.
² Ohne ausdrückliches Einverständnis der Jugendlichen darf keine Mitteilung an die Erziehungsberechtigten erfolgen.

Ärztliches Gespräch für Jugendliche

Weitere Aufgaben der Schulärztin oder des Schularztes

- § 8 ¹ Die Schulärztin oder der Schularzt steht der Lehrerschaft und den Erziehungsberechtigten für die Impfberatung und bei Ausbrüchen von übertragbaren Erkrankungen beratend zur Seite.
² Die Schulärztin oder der Schularzt führt im Auftrag und auf Anordnung des kantonsärztlichen Dienstes Anordnungen zur Bekämpfung von übertragbaren Erkrankungen in einer Schulklasse oder einem Schulhaus durch.
³ Bei aussergewöhnlichen Situationen (beispielsweise bei einem Suizid, Unfall oder natürlichen Todesfall) kann die Schulärztin oder der Schularzt zur Beratung der Schulleitung und/oder Unterstützung der Schüler herangezogen werden.

Massnahmen bei übertragbaren Erkrankungen und aussergewöhnlichen Situationen

- § 9 ¹ Die Schulärztin oder der Schularzt kann an Veranstaltungen zu Gesundheitsfragen, sei es im Schulunterricht, bei der Fortbildung für Lehrkräfte oder an Informationsanlässen für Erziehungsberechtigte mitwirken.
² Die Schulärztin oder der Schularzt wird in den Gesundheitsunterricht integriert und trägt die sozialmedizinische Vorsorge in der Schule mit.

Veranstaltungen zu Gesundheitsfragen

- § 10 ¹ Die Schulärztin oder der Schularzt berät die Behörden und die Lehrerschaft in gesundheitlichen Belangen, inklusive Prävention (z.B. Infektionskrankheiten und psychische Erkrankungen), Allergien und spezielle Erkrankungen (z.B. Immunschwäche).

Beratung der Behörden

- § 11 ¹ Die Gemeinde kann dem schulärztlichen Dienst weitere Aufgaben übertragen.

Weitere Aufgaben

- § 12 ¹ Ist aus einer schulärztlichen Intervention heraus die Untersuchung durch eine Spezialärztin oder einen Spezialarzt angezeigt oder ist eine Behandlung durch eine entsprechende Therapiestelle angebracht, überweist die Schulärztin oder der Schularzt die Schülerin oder den Schüler, mit Einverständnis der Erziehungsberechtigten, an die zuständige Fachperson.

Überweisung an weitere Fachpersonen

Privatschulen

Sinngemässe
Geltung

- § 13 ¹ Die Privatschulen stellen den schulärztlichen Dienst in der Regelschule in geeigneter Weise sicher und schliessen hierzu insbesondere eine Vereinbarung mit einer Schulärztin oder einem Schularzt ab. Sie orientieren darüber die Gemeinde und stellen ihr die betreffende Vereinbarung zu. Die Gemeinde kann bei Bedarf ergänzende Regelungen treffen.

² Im Übrigen gelten die Bestimmungen über den schulärztlichen Dienst an den öffentlichen Schulen für Privatschulen sinngemäss.

Finanzielles

- § 14 ¹ Untersuchungen bei der (Schul-)Ärztin oder beim (Schul-)Arzt werden ordentlich über die Krankenkassenversicherung der Familie abgerechnet.
^{2°} Sofern die Kosten der Vorsorgeuntersuchung nicht durch die Krankenkasse (obligatorische Grundversicherung) oder eine allfällige Zusatzversicherung übernommen werden, trägt die Gemeinde die entsprechenden Kosten im Sinne der subsidiären Kostentragpflicht.
^{3°} Für weitergehende Untersuchungen werden keine Kosten übernommen.

Gemeindebeitrag

2. Schlussbestimmungen

- § 15 ¹ Beschwerdeinstanz gegen Anordnungen der Schulärztin oder des Schularztes ist der Gemeinderat. Die Beschwerde ist innert 10 Tagen schriftlich, mit einem Antrag und einer Begründung versehen, einzureichen.

Rechtsweg

² Entscheide des Gemeinderates können beim Departement des Innern des Kantons Solothurn angefochten werden. Die Beschwerde ist innert 10 Tagen schriftlich, mit einem Antrag und einer Begründung versehen, einzureichen.

Dieses Reglement tritt am 1. Januar 2022 in Kraft.

Genehmigt vom Gemeinderat am 25. Oktober 2021.

Von der Gemeindeversammlung der Gemeinde Feldbrunnen – St. Niklaus beschlossen am 13. Dezember 2021.



Anita Panzer
Gemeindepräsidentin



Karin Weibel
Gemeindeschreiberin

Vom Departement des Innern des Kantons Solothurn genehmigt mit Verfügung vom 25.03.2022.